

Jahren in der Altenbetreuung das berufliche Tätigkeitsfeld gewechselt werden will. Qualifizierung von Frauen ist also eine wesentliche Aufgabe in Zusammenhang mit der Re-Strukturierung des sozialen Dienstleistungssektors. Qualifizierung muss dabei nicht ausschließlich im Kinder- und Altenbetreuungsbereich stattfinden, sondern auch an der Schnittstelle zu den sozialen Diensten, etwa im Gesundheitsbereich, im Tourismus etc. Dadurch könnten sich neue Tätigkeitsfelder für Frauen und Männer mit unterschiedlichsten Qualifikationen ergeben. Beispielsweise könnten ausgebildete Nordic Walking-InstruktorInnen einerseits Walking-Touren mit älteren Personen durchführen, andererseits aber auch mit TouristInnen-Gruppen.

Als wichtige Ressource im Sozialsektor wird auch die Ehrenamtlichkeit angesehen, die es gilt, einzubinden und attraktiver zu gestalten. Auf diese Weise kann Sozialkapital aktiviert werden. „Gebraucht zu werden“ stellt ein wichtiges Motiv für Ehrenamtlichkeit dar. Ehrenamtlichkeit kann daher speziell für rüstige SeniorInnen attraktiv sein. Man könnte so beispielsweise auch Verbände wie den Seniorenbund bzw. Pensionistenverband in die Organisation der sozialen Dienstleistungen einbinden. In Zusammenhang mit Ehrenamtlichkeit sind AsylwerberInnen eine wichtige Gruppe, die damit den Kontakt zur Arbeitswelt herstellen kann, was die Integrationschancen verbessert.

Eine zentrale Anlaufstelle mit entsprechendem Internet-Auftritt als Plattform für alle Sozialeinrichtungen wurde auch bei den ExpertInnen-Gesprächen (Neunkirchen 6. 4. 2010, Schwechat 22. 7. 2010) als wünschenswert eingestuft. Diese Stelle sollte als Anlaufstelle für die verschiedensten Bedarfe, wie etwa Kinderbetreuung und Pflege, sein. Dabei ist das Zugehen auf Personen mit eingeschränkten Deutschkompetenzen bewusst zu gestalten. Seit dem Frühjahr 2010 gibt es für Niederösterreich eine Sozialdatenbank⁷⁰, die Anlaufstelle und Drehscheibe für Sozialdienste sein soll und künftig soziale Projekte und Serviceleistungen der Hilfsorganisationen bündeln soll. Bislang sind etwa 10.000 Initiativen im Sozialbereich in der von der Niederösterreichischen Landesakademie betriebenen Datenbank erfasst.⁷¹ Als Zielgruppe der Datenbank gelten nicht nur SeniorInnen und Pflegebedürftige, sondern „soziale Projekte“, die über die Plattform Hilfe anbieten, wo sie im Alltag notwendig wird⁷². Über die Datenbank kann nach sozialen Initiativen in der eigenen Gemeinde und Umgebung gesucht werden, wobei sich die Suche auf Initiativen für Kinder, Jugendliche oder SeniorInnen eingrenzen lässt und die sozialen Initiativen differenziert werden nach „Idee“, „Projekt“ und „Serviceleistung“. Die Datenbank liefert eine Kurzbeschreibung der sozialen Initiative und die Kontaktdaten zum Träger (Ansprechperson, Telefonnummer, E-Mail-Adresse, Homepage).

6. Soziale Dienste, regionale Infrastrukturmaßnahmen und ihre Finanzierung

Übliche Fragen der Politik im Bereich der Versorgung sind:

- Gibt es genug Versorgungseinrichtungen für Kinder, Alte und Betreuungsbedürftige?
- Reicht eine Ausweitung der Zahl der Versorgungseinrichtungen oder braucht es noch etwas anderes?

⁷⁰ Link zur Datenbank: http://sozialprojekte.noelak.at/soziale_initiativen_erweiterte_suche.php (Juli 2010)

⁷¹ Bericht auf orf.at vom 30. 4. 2010, abgerufen unter: <http://noe.orf.at/stories/439798/> (Juli 2010)

⁷² NÖ-Soziallandesrätin Johanna Mikl-Leitner (<http://sozialprojekte.noelak.at/index.php>) (Juli 2010)

- Sollen sich der/die Betroffene/n bzw. Angehörige alleine darum kümmern, wie sie die unterschiedlichen Dienste für sich bzw. ihre Angehörigen organisieren?

Antworten sind nicht so einfach in Zahlen abzubilden.

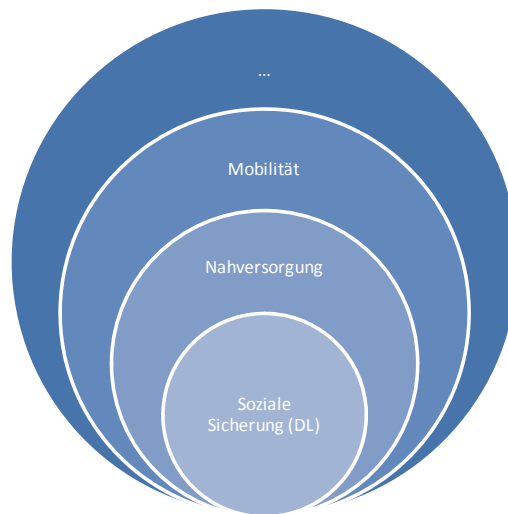
Internationale Erfahrungen zeigen (Kapitel 3 und 4), dass es eine Ausweitung der sozialen Infrastruktur braucht, wenn man Männern und Frauen die gleichen Lebenschancen geben will (Gleichbehandlungsargument). Die Infrastruktur ist aber auch die Voraussetzung dafür, dass Frauen entsprechend ihrer Interessen und Ausbildungsniveaus in den Wirtschaftsprozess eingebunden sind. Damit können sie einen Beitrag zur Nachhaltigkeit des Wirtschaftswachstums leisten und somit auch zur Sicherung der Finanzierbarkeit der sozialen Dienste.

Ohne Beschäftigungswachstum ist die Erhaltung der Qualität der sozialen und Gesundheitsdienste angesichts der Alterung der Bevölkerung schwierig, erfolgt doch der Großteil der Finanzierung in Österreich aus den Lohnnebenkosten (Arbeitgeber- und Arbeitnehmerabgaben). Eine Anhebung der Lohnnebenkosten ist angesichts des steigenden internationalen Wettbewerbs (Globalisierung und technologischer Wandel) eher keine Option. Die Antwort liegt vielmehr in der effizienteren Organisation der sozialen Dienste, im Wesentlichen über integrierte Systeme. Darunter versteht man die Einbindung von allen möglichen Versorgungsdiensten und Einrichtungen und die Verknüpfung mit Abholdiensten und Zubringerdiensten ebenso wie die tatsächliche Betreuung, Erziehung, Förderung (etwa Nachhilfe für Kinder und Jugendliche) und Anbindung an die Freizeitgestaltung (Sport, Kunst und Kultur, Spiele etc.). Es ist also nicht damit getan, Versorgungseinrichtungen zur Verfügung zu stellen. Es braucht auch die Lösung der regionalen Mobilitätsprobleme im Zusammenhang mit der Versorgung einerseits und der Wahrnehmung von Beschäftigungschancen andererseits. Auch die Nutzung für den Tourismus, die gewerbliche Produktion, die Kreativindustrie und kulturelle Aktivitäten können in ein derartiges Koordinationsmodell eingebunden sein, ebenso wie eine nachhaltige dezentrale Energieproduktion und -versorgung, die Landschaftsplanung oder Nationalparkbetreuung.

Dabei können regionale und lokale Experimente einen Erkenntnisgewinn bringen, der ein Ausgangspunkt für nationale Strategien und Politiken sein kann. Am lokalen Experiment zeigen sich Hemmnisse und der Bedarf an Innovationen im gesetzlichen, organisatorischen und technologischen Bereich.

Derart komplexe Aufgaben der Planung, Koordination und Umsetzung können also nicht den Einzelnen aufgelastet werden, sondern es braucht Spezialisten, die sich zusammen tun und unter Nutzung der modernen Informations- und Kommunikationstechnologien (virtuelles Koordinationszentrum, Hotline) individualisierte Lösungen finden.

Abbildung 130: Modellhafte Darstellung einer dezentralen sozialen Dienstleistungsstruktur, die auch andere Infrastrukturbereiche integriert



Q: DUK, eigene Darstellung.

6.1. „Industrialisierung“ und flexible Spezialisierung der sozialen Dienstleistungen

Im Kampf um die immer knapper werdenden budgetären Ressourcen werden in den sozialen Diensten Entwicklungen nachvollzogen, die im Bereich der Prozessorganisation der Güterproduktion im Gefolge der Industrialisierung schon viel früher stattgefunden haben. Dabei geht es nicht um die Standardisierung der sozialen Dienste – vergleichbar mit der Standardisierung eines Massenkonsumguts à la McDonald's, sondern um die Effizienzsteigerung der Organisation der sozialen Dienste. Darunter sind all jene Arbeitsschritte zu verstehen, die im Hintergrund der Versorgungsleistung ablaufen, ohne einen Kontakt zu Kindern, SchülerInnen, Kranken oder Alten. Es sind diese Prozesse, die sich im Prinzip analog zur Organisation der Produktion von Gütern in der gewerblichen Wirtschaft ‚industrialisieren‘ lassen. Mit Unterstützung der modernen Informations- und Kommunikationstechnologie lassen sich Organisationsabläufe beschleunigen bzw. neu organisieren. So lassen sich aus der Auslagerung von gewissen Tätigkeiten auf spezielle Agenturen oder auf die eine oder andere Gemeinde in einem Gemeindeverbund (Gehalts- und Lohnverrechnung, Organisation der Betreuungsdienste, der Fahrtendienste etc.) Kostenersparnisse erzielen, die für eine Individualisierung und Verbesserung der Versorgungsleistung eingesetzt werden können. Wichtig für die Organisation der sozialen Dienste und ihre Effizienzsteigerung ist die Unterscheidung in personenbezogene Dienste, die individualisiert und professionalisiert werden sollen, und die Organisationsstrukturen dahinter, die sich für die ‚Industrialisierung‘ anbieten.

Ein gutes Beispiel dafür, wie moderne Technologien und Organisationsformen im Zusammenspiel eine Verbesserung der Versorgung bei gleichzeitiger Verringerung der Kosten sicher stellen, liefert die integrierte Altenpflege in Ludesch in Vorarlberg (iap-sozialzentrum@ludesch.at). Eine Vernetzung aller Gesundheits- und Pflegeeinrichtungen, ergänzt um Beratung (Case Management), mobile Hauskrankenpflege, Fahrdienste und Krisenintervention ermöglicht eine umfassende Versorgung bei gleichzeitiger Stabilisierung der Wirtschafts- und Gesellschaftsstruktur. Ludesch orientiert sich in dieser Organisationsform am dänischen Pflegemodell, in dem der Staat/die Gemeinden im

Zusammenwirken mit den Familien kostengünstige Versorgungswege entwickeln. Der Weg führt weg von Alten- und Pflegeheimen hin zu mobilen Diensten und einem vermehrten Angebot an betreubarem Wohnen. Ergänzt wird die Versorgung um aktives Aufsuchen älterer Personen, um ihre Bedürfnisse zu erfahren und Präventivmaßnahmen setzen zu können, die insgesamt zu Kostenreduktionen führen. Dabei wird auch die 24-Stunden'betreuung' analog zu Dänemark organisiert, d.h. ein Team ist in einer Zentrale 24 Stunden abrufbar. Die ambulante Pflegeperson ist abrufbar und kann geplante betreuende Hausbesuche vornehmen, aber auch außertourlich Personen in das Nachtzentrum überführen. Diese Innovation in der Altenpflegeorganisation kommt ohne Eingriffe in die Vermögen der Betroffenen bzw. ihrer Angehörigen aus⁷³.

Bei der Umsetzung eines integrierten Systems ist nicht nur an die Koordination der inhaltlichen, funktionalen Aufgaben zu denken, sondern auch an die Koordination der Akteure auf den verschiedenen administrativen Ebenen und Funktionen. Aus der Bündelung der Akteure und der damit verknüpften Finanzierungsquellen kann eine optimale Versorgung bei gleichzeitiger Schonung der Finanzen erfolgen.

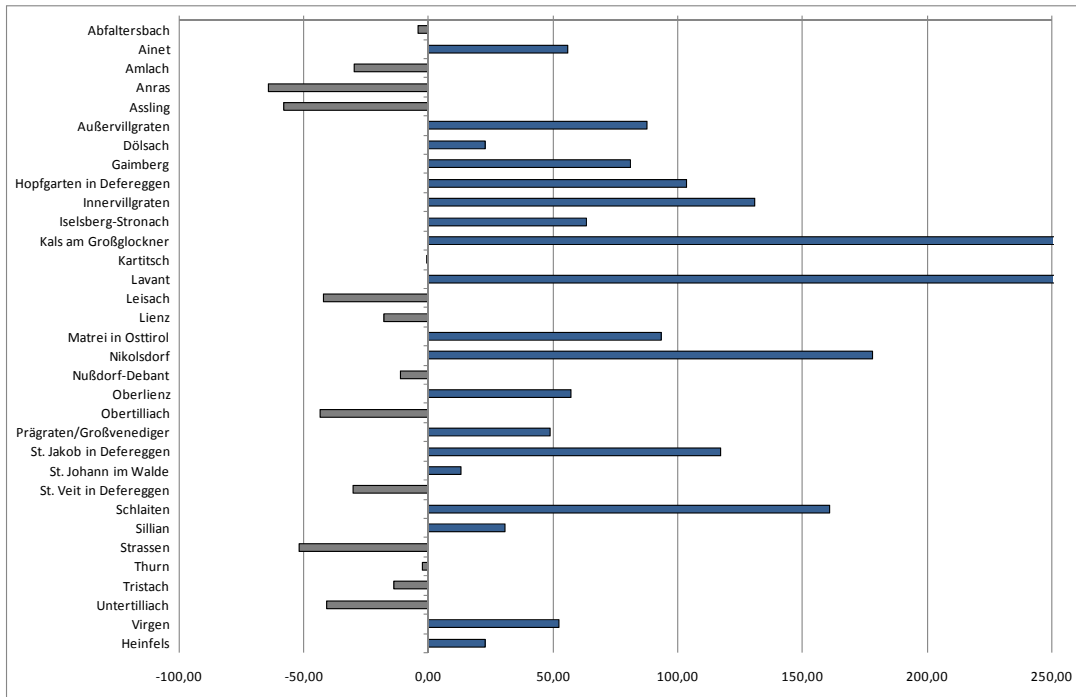
Regionale und lokale Experimente wie die oben angeführten können einen Erkenntnisgewinn bringen, der ein Ausgangspunkt für nationale Strategien und Politiken sein kann. Am lokalen Experiment zeigen sich aber auch erst Hemmnisse und der Bedarf an Innovationen im gesetzlichen, organisatorischen und technologischen Bereich.

6.2. Die Frage der Finanzierung

Die Analyse der finanziellen Situation der Gemeinden in den Pilotregionen hat gezeigt, dass Regionen, die einen guten Zugang zu den regionalen Ballungszentren bzw. wirtschaftlich dynamischen Regionen haben, eine günstigere Finanzlage aufweisen als periphere Regionen. (Abbildung 131 bis Abbildung 134) Das ist in hohem Maße darauf zurückzuführen, dass die verschiedenen Infrastrukturausgaben der Gemeinden, die einen Fixkostencharakter aufweisen, in den peripheren Gemeinden auf eine geringere Bevölkerungszahl umzulegen sind. Dabei handelt es sich um Infrastrukturbereiche, die so unterschiedliche Sektoren wie die sozialen Dienste (Kinderbetreuung, Schulen, Gesundheitsversorgung, Pflege, Altenbetreuung), die Energie- und Wasserversorgung, das Abfallwesen, den Naturschutz und Landschaftspflege, das Verkehrswesen etc. umfassen. Es sind vor allem diese Infrastrukturmaßnahmen, die für die Lebensqualität und den Verbleib der Menschen in der Region/Gemeinde bzw. den Zuzug in die Region ausschlaggebend sind.

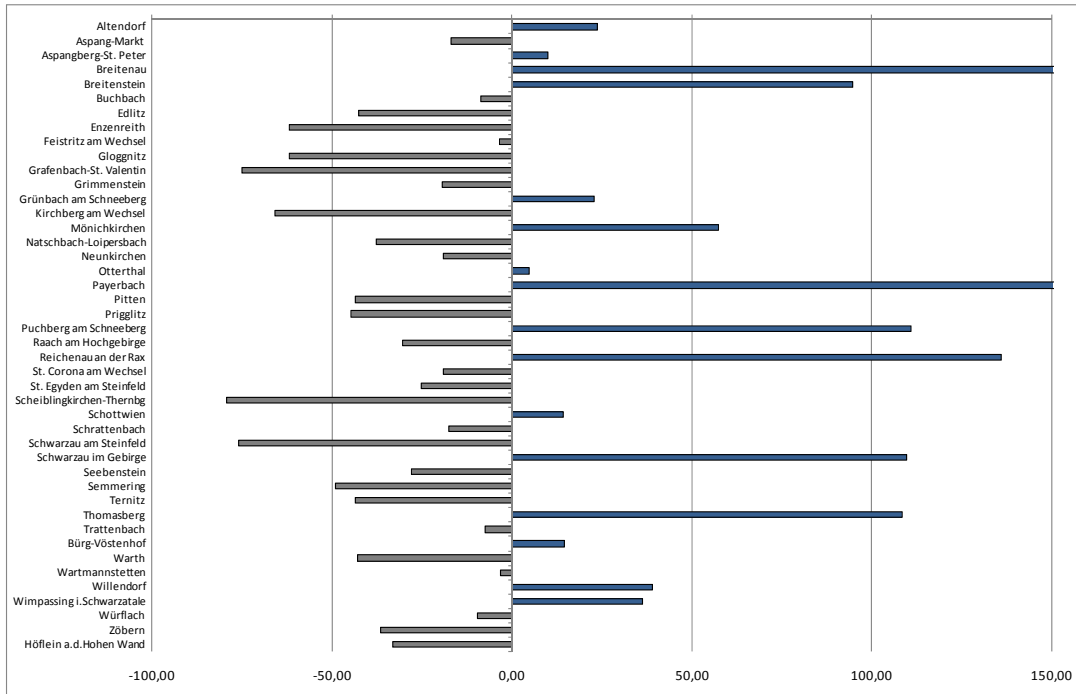
⁷³ Das ist ein merklicher Fortschritt gegenüber der gängigen Usance der Vermögenszugriffe durch die öffentliche Hand zur Abdeckung der Pflegekosten in Heimen.

Abbildung 131: Abweichung des Schuldenstandes der Gemeinden pro Kopf 2008 vom Bundesland-Schnitt der Gemeindegeldschulden pro Kopf im Bezirk Lienz/Osttirol



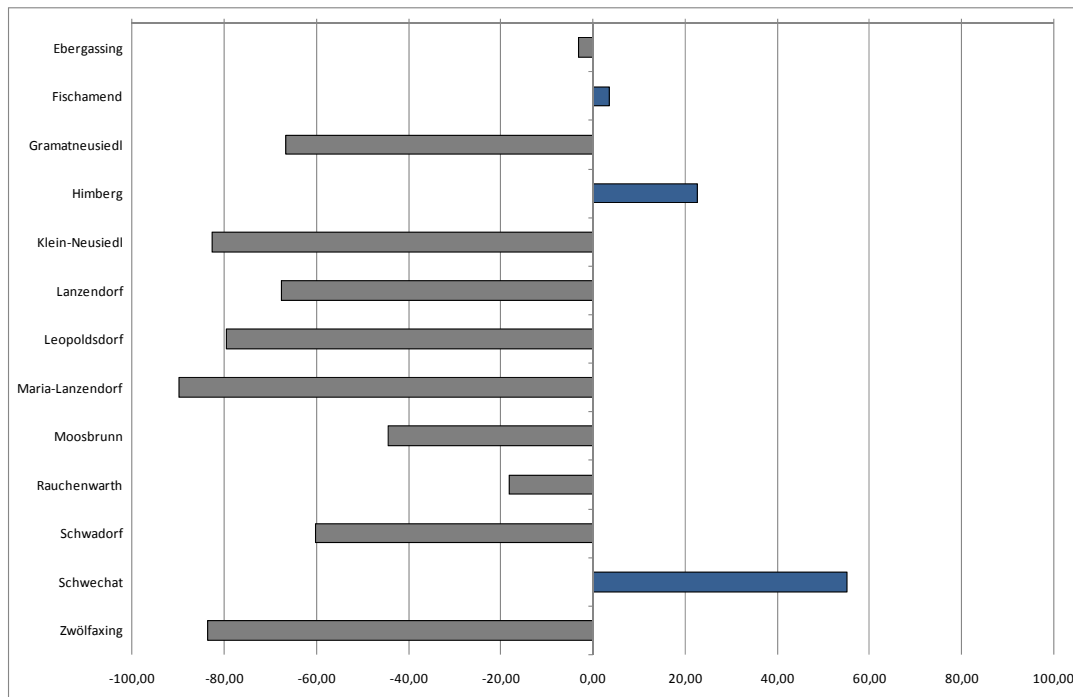
Q.: St.At. Rechnungsabschlüsse. DUK-Berechnungen.

Abbildung 132: Abweichung des Schuldenstandes der Gemeinden pro Kopf 2008 vom Bundesland-Schnitt der Gemeindegeldschulden pro Kopf im Bezirk Neunkirchen



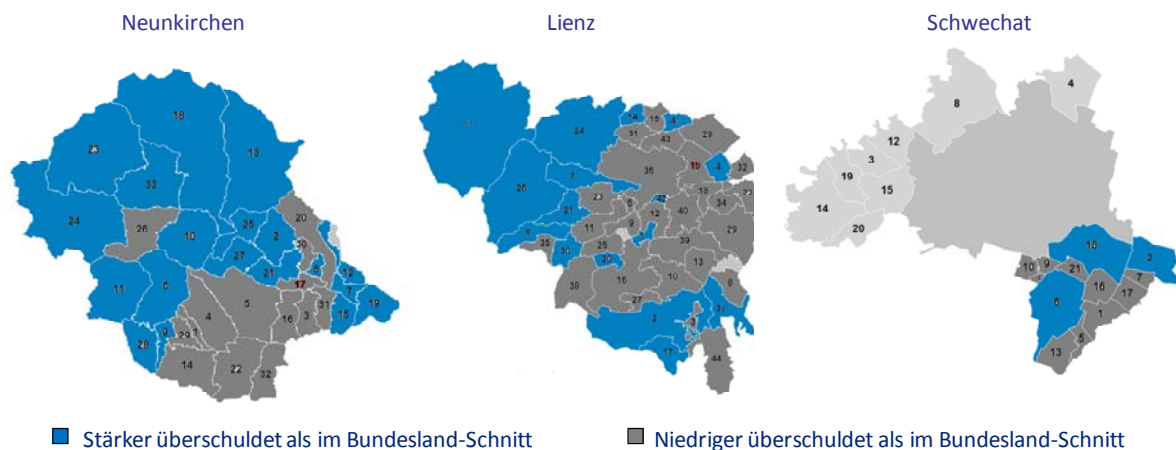
Q.: St.At. Rechnungsabschlüsse. DUK-Berechnungen.

Abbildung 133: Abweichung des Schuldenstandes der Gemeinden pro Kopf 2008 vom Bundesland-Schnitt der Gemeindegemeinschaften pro Kopf im Großraum Schwechat



Q.: St.At. Rechnungsabschlüsse. DUK-Berechnungen.

Abbildung 134: Über bzw. unter dem Bundesland-Schnitt liegender Schuldenstand der Gemeinden pro Kopf 2008 in Neunkirchen, Lienz und Schwechat



Q.: St.At. Rechnungsabschlüsse. DUK-Berechnungen. Eigene Darstellung.

Die große Herausforderung der Gemeinden besteht also darin, die sozialen Dienste in Kombination mit den anderen Infrastrukturmaßnahmen so zu gestalten, dass sie möglichst kosteneffizient angeboten werden. So könnten sich etwa Gemeinden, die über eine gemeinsame dezentrale regenerative Energieerzeugung Gewinne abschöpfen, diese in den Ausbau der Sozialdienste investieren.⁷⁴ So gesehen könnte die Lösung der Energiefrage in Kombination mit der Sicherung der

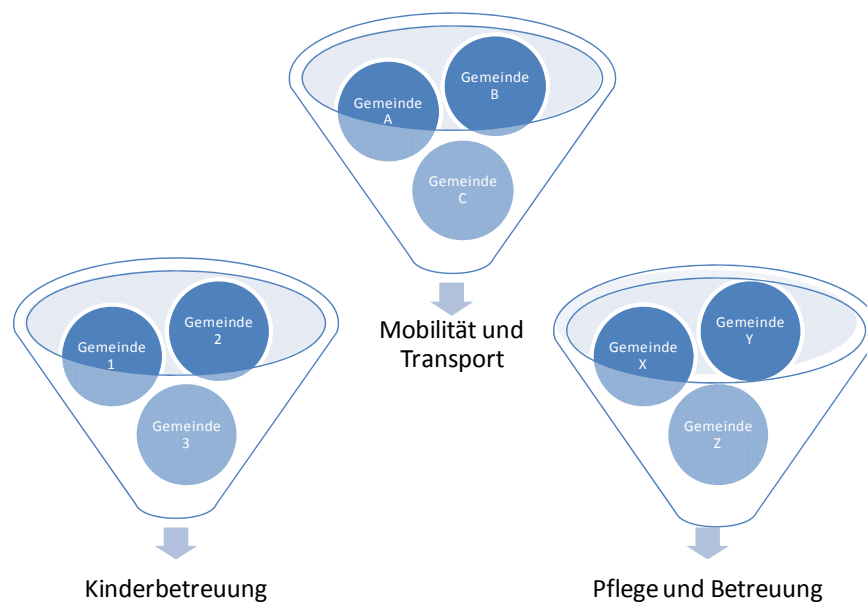
⁷⁴ Die Gemeinde Zschadraß in Sachsen ist ein Beispiel dafür, hier werden Gewinne aus dem Verkauf überschüssiger Energie in den Ausbau der Sozialdienste investiert. Siehe <http://www.zschadrass.de/energiespar/Energiespargemeinde.html>.

sozialen Versorgung in einer gemeinsamen dezentralen Organisation und Finanzierung gefunden werden. Das ist etwa über Kooperationen mit anderen Gemeinden vorstellbar, d.h. über eine Organisationsform, die economies of scale entstehen lässt. Die Kooperationen zwischen Gemeinden können potenziell alle Bereiche der Infrastruktur betreffen, d.h. Gemeinden könnten auf den jeweiligen Stärken und bestehenden Ressourcen aufbauen und sie im Zusammenwirken mit anderen Gemeinden noch weiter ausbauen, um die Versorgungsdichte zu verbessern. Dafür sollten sie bereit sein, Aufgaben an andere Gemeinde abzugeben, wo andere einen komparativen Vorteil aufweisen. Stets ist zu berücksichtigen, dass die Kooperation nicht von oben verordnet werden kann, sondern aus den Gemeinden heraus entstehen muss.

In diesem Sinne könnten sich mehrere Gemeinden zusammen tun und gemeinsam einen Kindergarten oder Pflege-/Betreuungseinrichtungen organisieren (flexible Betreuungsformen ergänzt um flexible Fahrtendienste etwa am Beispiel des Osttiroler Kinderbetreuungsentrums oder den Vorarlberger Gemeindekooperationen⁷⁵. (Abbildung 135) Der Festlegung der Einzugsbereiche bzw. der maximal zumutbaren Entfernung kommt für die Kosten der Bereitstellung einer entsprechenden Versorgung große Bedeutung zu.

So führt etwa die Schließung von Schulen in Abwanderungsregionen zu Kostenreduktionen im Schuletat der Gemeinde, gleichzeitig erhöht sich aber der Transportaufwand für SchülerInnen, die in weiter entfernte Schulen pendeln müssen. Der Träger der Transportkosten ist häufig der Private, der darin einen Anreiz sieht, in die Gemeinde mit der besseren Infrastruktur abzuwandern.

Abbildung 135: Beispiel für eine regionale Spezialisierung auf Elemente einer sozialen Infrastruktur



Q: Eigene Darstellung.

Die Erhaltung eines voll funktionsfähigen sozialen ländlichen Raums eröffnet Möglichkeiten der Beschäftigung: einerseits in den sozialen Diensten, andererseits in Bereichen, die komplementär dazu sind; so etwa in einer dezentralen Energieversorgung, der Landschaftsbetreuung und des

⁷⁵ Genauerer hierzu siehe website <http://www.ok-zentrum.at/> bzw. Jochum/Strele 2009.

Naturschutzes. Letztere sind wichtige Voraussetzungen für den Erhalt eines dynamischen Wirtschaftsstandortes bzw. eines qualitätsorientierten Tourismus. Nachhaltigkeit kann somit über abgestimmte Reformen/Innovationen in den Bereichen der sozialen Versorgung (Wohlfahrtsstaat), der Ökologie (Umwelt und erneuerbare Energie), und der Wirtschaft (Tourismus, Gewerbliche Produktion, Kultur, Kreativindustrie) sicher gestellt werden.

Gemeinschaftlich organisierte mobile Fahrtendienste könnten auch zur Ergänzung des öffentlichen Verkehrsnetzes eingesetzt werden, um weniger ‚mobilen‘ potenziellen Arbeitskräften den Zugang zu weiter entfernten Arbeitsmöglichkeiten zu erleichtern. Mobilität wird zu einem Kernkriterium für die Vereinbarkeit von Beruf und Familie, d.h. einer beruflichen Entfaltungsmöglichkeit von Frauen und Männern, in denen die Arbeitszeit den eigenen Wünschen entspricht und nicht von rigiden Öffnungszeiten der verschiedenen Versorgungseinrichtungen aufoktroiert wird. Dies gilt, wie die ExpertInnengespräche gezeigt haben, nicht nur für den ländlichen Raum sondern auch für urbane Gebiete.

Flexible Spezialisierung auch im urbanen Raum

Um „economies of scale“ (Skalenerträge) und eine Professionalisierung der sozialen Dienste sicher zu stellen, macht es nicht nur in ländlichen Gemeinden Sinn, sich zusammen zu schließen; sondern auch im städtischen Raum. Eine größer angelegte arbeitsteilige Organisationsform schafft Arbeitsplätze für eine Vielfalt von Kompetenzen, die in ihrem Zusammenwirken eine umfassende Betreuung und/oder Förderung der Betroffenen sicher stellen. Damit ist eine qualitativ hochwertige Versorgung bei gleichzeitiger Effizienzsteigerung möglich. Gleichzeitig wird über ein arbeitsteiliges Verfahren die Professionalisierung der sozialen Dienste im weitesten Sinn ermöglicht und die Verbesserung der Arbeitsbedingungen der Arbeitskräfte in diesen Beschäftigungsbereichen.

Umsetzung und Finanzierung

Für die Umsetzung einer Strukturreform in Richtung integrative soziale Infrastruktur, die auf die Erhaltung der Umwelt und des Wirtschaftsstandortes Rücksicht nimmt, braucht es eine start-up Finanzierung. Der Zusammenschluss von Gemeinden bedarf wohl einiger finanzieller Anreize, etwa Förderbeiträge in Abhängigkeit von einer regionalen Integration und Spezialisierung. Für die Umsetzung wäre eine Bund-Länderaktion vorstellbar, die einen Innovationsfonds für die Schaffung eines integrierten Sozialsystems speist, aus dem Gemeinden unter bestimmten Auflagen Förderungen erhalten können. Dabei kann es sich um rückzahlbare Kredite ebenso handeln wie um Investitionsförderungen. Auch die EU-Regionalförderung kann in ein derartiges dezentrales regionales Entwicklungsszenarium eingebunden sein, etwa ELER (Europäischer Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums), darunter der Schwerpunkt 4 LEADER. Ebenso ergeben sich aus den ESF-Förderungen Möglichkeiten für eine Ko-Finanzierung der innovativen Gestaltung gewisser sozialer Dienste.

Das Land Tirol plant das Pilotprojekt in Osttirol mit der Schaffung einer Beschäftigungsgesellschaft für Frauen zu unterstützen, nicht zuletzt auch um die hohe Zahl der langzeitarbeitslosen Frauen zu verringern. In Schwechat wiederum bietet das AMS eine Anbindung an das im Jahr 2010 eröffnete Frauenberufszentrum an.

Weiters könnte man an eine „Trägerförderung neu“ denken, wo die Erbringung und Koordinierung der Dienstleistung ausschließlich über Trägerorganisationen läuft, wie derzeit etwa via Volkshilfe und Hilfswerk. Sicherzustellen ist allerdings vorab, dass es eine unabhängige Qualitätssicherung gibt. Vorstellbar ist die Einrichtung einer Qualitätssicherungsagentur, die die potenzielle Trägerorganisation auf Antrag und unter Vorgabe bestimmter Kriterien als zertifizierte Einrichtung auf eine bestimmte Zeit akkreditiert. Evaluierungen sind einzuplanen. Die Förderung würde es zertifizierten Trägereinrichtungen ermöglichen, die Dienstleistung ‚billiger‘ anzubieten, damit sie für die Betroffenen/KundInnen leistbar wird. Ein positiver Nebeneffekt einer derartigen Vorgangsweise ist die Bekämpfung der Schwarzarbeit, die ja in diesem Bereich ausgeprägt ist und einer Professionalisierung entgegen steht.

Auch sachgebundene Leistungen im Gegensatz zu Geldleistungen wären ein Ansatz, der die Schwarzarbeit zurückdrängen würde und Menschen, die schon derzeit in einem Familienzusammenhang soziale Dienstleistungen erbringen, in ein System einbindet, das ihnen eine eigenständige sozialversicherungsrechtliche Absicherung geben würde.

7. Gedanken zur Theorie des regionalen Wirtschaftswachstums

Die Faktoren für das Wirtschaftswachstum zu ergründen hat eine lange Tradition. Trotzdem bleiben Unsicherheiten über die Bestimmungsfaktoren des Wirtschaftswachstums erhalten und Meinungsunterschiede zwischen Ökonomen sind heute ebenso wie zu Keynes' Zeiten üblich. Im Bereich der Regionalökonomie kommt den Erklärungsfaktoren für die Unterschiede in der Wirtschaftskraft von Regionen eine besondere Bedeutung zu, gibt es doch für die politische Gestaltbarkeit viele Möglichkeiten. (Armstrong/Taylor 2000)

Es ist somit die Aufgabe der Raumplanung, regionale Disparitäten auf ein normativ-politisches Maß zu bringen, d.h. auf ein Maß, das von der Gesellschaft als erwünscht oder fair angesehen wird. Dabei übernimmt die Politik die Funktion, die Nutzer der Räume in einen Entscheidungsprozess über das Ausmaß der Disparität bzw. den Nutzungsgrad einzubinden. (Fürst 2005) Auf einer supranationalen Ebene verfolgt die EU das Ziel der Konvergenz, d.h. es werden Fördermaßnahmen gesetzt, die die Verringerung der regionalen Disparitäten zum Ziel haben (Kohäsionsfonds).⁷⁶

Trotz aller Bemühungen und dem offiziell verbreiteten Konvergenz-Optimismus verringern sich die regionalen Disparitäten in den einzelnen EU-MS nicht, ja sie nehmen z.T. sogar zu. Die neue ökonomische Geographie erhellt unser Wissen über die Hintergründe für das Entstehen von regionalen Disparitäten, etwa als Resultat des Abbaus von Handelsbarrieren, d.h. der Einbindung der Regionen in einen internationalen wirtschaftlichen Wettbewerb. (Krugman 1991) Die konventionelle neoklassische ökonomische Theorie verfügt derzeit über keine Antwort, wie die regionalen Disparitäten reduziert werden können.

International ist zu beobachten, dass es im Gefolge der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklung zu einer zunehmenden Urbanisierung kommt. Räumliche Konzentrationsprozesse finden

⁷⁶ European Communities (1987), Article 23 ergänzt den Vertrag von Rom um das Ziel der wirtschaftlichen und sozialen Kohäsion: "...the Community shall aim at reducing disparities between the levels of development of the various regions and the backwardness of the least favoured regions of islands, including rural areas."